

Stimme der Sans-Papiers

Basel, März 2016 / Ausgabe Nr. 37

Die Zeitung der Anlaufstelle für Sans-Papiers und der Union der ArbeiterInnen ohne geregelten Aufenthalt



Foto: František Matouš

EDITORIAL

Nicht ohne unsere Freund*innen!

In unserer Kampagne kämpfen Sans-Papiers mit UnterstützerInnen um eine Aufenthaltsbewilligung – ein Beispiel dafür, wie wir für eine offene und solidarische Gesellschaft eintreten können.

Ein erstarkter Nationalismus, verschärfte Gesetze und Abschreckungsmanöver bis hin zu Grenzzäunen prägen derzeit die Migrationspolitik in Europa. Die öffentliche Diskussion ist mal geleitet von einer diffusen Angst, mal von Ratlosigkeit oder Ohnmacht. Es gibt aber auch unzählige Menschen, die sich von dieser Stimmung nicht erdrücken lassen wollen. Es bewegt sich einiges – der solidarische Umgang mit Migration lebt!

Solidarität im Härtefall...

Auf Initiative der Anlaufstelle wurde im vergangenen Jahr das Komitee «Nicht ohne unsere Freund*innen!» gegründet. Anlass war die negative Voreinschätzung von acht Härtefallgesuchen durch den Kanton Basel-Stadt. Dass selbst diese Sans-Papiers keine Härtefälle sein sollen, war für uns nicht nachvollziehbar. Erfreulicherweise haben sich schnell Menschen

gefunden, die bereit waren, die Sans-Papiers mit einer Solidaritätskampagne zu unterstützen. Die vorliegende Ausgabe der Stimme widmet der Kampagne einen Schwerpunkt.

Mit viel Kreativität und Einsatzfreude hat das Komitee Ideen entwickelt. Broschüren, Flyer und eine Website, verschiedene Aktionen und Veranstaltungen, viele Gespräche und eine Unterschriftensammlung haben zur Verbreitung des Anliegens beigetragen. Wir haben viel Sympathie und Interesse erlebt. Die grosse Unterstützungsbereitschaft in der Basler Bevölkerung stimmt uns zuversichtlich, dass die Sans-Papiers schliesslich eine Bewilligung erhalten werden.

...und über diesen hinaus

Auch ausserhalb dieser Kampagne bewegt sich einiges. Vor Weihnachten hat die Union der ArbeiterInnen ohne geregelten

Aufenthalt ein zauberhaftes Fest organisiert. Der Saal im «Union» war überwältigend voll. Es ist wichtig, auch immer wieder gemeinsam die schönen Seiten des Lebens zu feiern (Seite 6). Seit Anfang Jahr hat sich ein breiter und kreativer Widerstand gegen die Durchsetzungsinitiative formiert und im letzten Moment die drohende Katastrophe abwenden können (Seite 7). Und Anfang Februar fand in Bern die Tagung «Regularisierung jetzt!» statt, mit dem Ansatz, nicht nur zu reagieren und zu verhindern, sondern eigene Lösungen zu präsentieren (Seite 6).

Es gibt nach wie vor viel zu tun. Die Freude, sich für eine offene Gesellschaft einzusetzen und Solidarität zu leben, bleibt!

Fabrice Mangold

Im Namen der Anlaufstelle für Sans-Papiers und des Komitees «Nicht ohne unsere Freund*innen!»

«Die Kampagne gibt mir neuen Mut»

Als unsere Härtefallgesuche eine negative Voreinschätzung erhielten, waren wir sehr enttäuscht. Dann kam aber der Wille auf, uns zu wehren.

Mein Name ist Ana. Das ist nicht mein richtiger Name. Für mich ist die Kampagne «Nicht ohne unsere Freund*innen» ein starkes Signal und gibt mir neuen Mut. Nachdem mein Härtefallgesuch – wie sieben andere auch – in der Vorprüfung negativ beurteilt wurde, waren wir sehr enttäuscht. Dann kam aber der Wille auf, uns zu wehren. So ist die Kampagne

Viele der Gäste haben ihren Bekannten von diesen Begegnungen erzählt. So haben sich unsere Geschichten weiterverbreitet und neue Interessierte konnten über die Situation der Sans-Papiers informiert werden.

Besonders freut und beeindruckt mich, dass in der Kampagne so viele junge Menschen aktiv und solidarisch sind. So waren

ich lieber nichts, wenn ich die Leute um mich herum nicht kenne.

Andere in der gleichen Situation

Und doch fühle ich mich dank der Kampagne freier. Durch die grosse Unterstützung und Solidarität habe ich wieder neue Hoffnung geschöpft, dass es dieses Mal klappen wird. Die Kampagne gibt mir



Putzen zum Tag der Menschenrechte, 10. Dezember 2015



Fotos: František Matouš

«Nicht ohne unsere Freund*innen!» entstanden. Ich war fest entschlossen, selber etwas zu tun und mich von Anfang an zu engagieren.

Begegnungen mit mitfühlenden Menschen

Ich habe viele Leute kennengelernt. Viele davon sind erst durch die Kampagne auf die schwierige Situation von uns Sans-Papiers aufmerksam geworden. Sie haben den Flyer gelesen und dann angerufen, weil sie helfen wollen. Einige haben beispielsweise bei sich zu Hause ein Essen organisiert, zu dem sie Bekannte und Verwandte eingeladen haben. Ich war ebenfalls an solchen Essen dabei und habe meine Situation geschildert und ungläubige Fragen der Anwesenden beantwortet. Viele mitfühlende Menschen haben mir gesagt, dass sie so nicht leben könnten. Sie wollen mir helfen, aus dieser schwierigen Situation herauszukommen.

Ich habe meine Situation geschildert und ungläubige Fragen beantwortet.

wir beispielsweise in der Vorweihnachtszeit eingeladen, mit den Jugendlichen des Konfirmationsunterrichts in der Titus-Kirche Kerzen zu ziehen. Dabei haben wir spannende Gespräche mit den Jugendlichen geführt und sehr viel Interesse und Solidarität erlebt. Die Jugendlichen sammeln nun auch Unterschriften.

Vorsicht in der Öffentlichkeit

Beim Unterschriftensammeln kann ich endlich aktiv mitarbeiten. Ich muss aber auch immer aufpassen. Wenn Leute unfreundlich reagieren, ziehe ich mich sofort zurück. Wer weiss, ob da nicht jemand mit unguten Absichten dahinter steckt? Auch an öffentlichen Orten wie im Tram, Bus oder auch im Restaurant spreche ich nicht gerne über meine Situation und die Kampagne, denn ich kann ja nie sicher sein, ob nicht am Nebentisch oder hinter mir ein Polizist sitzt. Deshalb sage

Mut, weiterzukämpfen und mit Gleichgesinnten aktiv zu sein. Ich gehöre dazu. Durch die Kampagne habe ich auch andere Menschen getroffen, die in der gleichen Situation sind. Dieser Austausch ist sehr wertvoll und lässt mich spüren, dass ich nicht alleine bin. Ich habe eine Liste der Telefonnummern, die ich im Notfall anrufen kann. Ich habe auch eine Gotte, die sich ganz speziell um mich kümmert und die ich auch jederzeit anrufen kann, wenn ich Hilfe brauche.

Meine Situation bleibt aber weiterhin schwierig. Wenn ich mit Leuten spreche, die mit den gleichen Problemen zu kämpfen haben, weinen wir oft. Denn nur wer das selber erlebt, weiss, wie schwierig dieses Leben ist, ständig in Angst zu leben und immer befürchten zu müssen, entdeckt zu werden. Deshalb wünsche ich mir so sehr einfach etwas Ruhe.

Ana Baldivieso

Aufgezeichnet von Renata Rovira, Unterstützerin der Kampagne

Sichtbar machen!

Mit verschiedenen öffentlichen Aktionen machen wir auf die Situation von Sans-Papiers in Basel aufmerksam. Einen Höhepunkt bildete die Übergabe einer Wunschkarte an Baschi Dürr.

Auch in der Schweiz – nicht nur im fernen Ausland – ist die Einhaltung der Menschenrechte nicht immer gesichert. Für Menschen ohne geregelten Aufenthalt gelten die Menschenrechte zwar formell, aber weil sie im Versteckten leben müssen, können sie sie nicht einfordern. Das ist stossend, denn Sans-Papiers sind Menschen und sie leben hier unter uns. Viele von ihnen arbeiten in Privathaushalten, betreuen Kinder, pflegen die Alten und Kranken. Sie übernehmen damit wichtige Aufgaben für unser Gemeinwesen. Dies jedoch ohne rechtlichen Schutz: Grundrechte, die für uns selbstverständlich sind, können sie praktisch nicht einfordern – so etwa das Recht auf faire Arbeitsbedingungen und Sozialversicherungen, das Recht auf Gesundheitsversorgung oder das Recht auf Bildung.

Putzen zum Tag der Menschenrechte

Auf diesen Umstand wollten wir am Tag der Menschenrechte mit einer Aktion aufmerksam machen. Rund 35 Leute trafen sich am 10. Dezember 2015 mittags beim Brunnen am Münsterberg. Wir waren ausgerüstet mit Besen, Bürsten, Staubfegern

Es war ein auffälliges und auch fröhliches Bild.

und Putzlappen. Wir trugen weisse Masken. So begannen wir die Freie Strasse und die Gerbergasse zu putzen, mitten im vorweihnächtlichen Einkaufstrubel. Es war ein auffälliges und auch fröhliches Bild. Die Passantinnen und Passanten waren interessiert und unsere Flyer zur Aktion verteilten sich gut.

Am Marktplatz kamen wir wieder zusammen, entfalteten unser Transparent und sammelten Unterschriften für die Härtefallkampagne. Wir hoffen, damit viele weitere Personen auf die unhaltbare Situation der Sans-Papiers im Allgemeinen und unserer neun Freund*innen im Besonderen aufmerksam gemacht zu haben.

Wunschkarte an Baschi Dürr

Am 21. Januar 2016 haben wir Baschi Dürr, den Vorsteher des Justiz- und Sicherheitsdepartements Basel-Stadt, besucht. Es war einer der wenigen kalten Tage in diesem Winter. Wir haben uns beim Stadthaus der Bürgergemeinde versammelt und alle gemeinsam eine grosse Wunschkarte unterzeichnet. Gut fünfzig Personen haben dann neun maskierte Sans-Papiers zum Spiegelhof geleitet.

Auf der Treppe des Kundenservice des Migrationsamtes wurden wir von Baschi Dürr pünktlich empfangen. Fabrice vom Komitee begrüßte ihn im Namen der Anwesenden und übermittelte ihm in einer Ansprache unsere Anliegen (siehe nächste Seite).

Sorgfältige Prüfung versprochen

Baschi Dürr hörte aufmerksam zu und nahm die grosse Wunschkarte in Empfang. Er würde unser Anliegen gern zur Kenntnis nehmen und er verstehe unsere Sorge. Er könne uns jedoch versichern, dass seine Mitarbeitenden im zuständigen Migrationsamt alle Gesuche sorgfältig prüfen würden, wobei sie ihren Ermessensspielraum stets wahrnehmen. Ausserdem gäbe es noch die Härtefallkommission, die angehört werde, wenn ein Gesuch vom Migrationsamt abgelehnt wird. Wenn die Gesuche dann nach Bern geschickt würden, habe er keinen Einfluss mehr auf deren Beurteilung. Den Vorwurf, dass die Praxis seiner Behörde restriktiv sei, könne er nicht nachvollziehen. Während seiner Amtszeit sei bisher jedes Härtefallgesuch nach Bern geschickt worden.

Unerwähnt blieb, dass dazu sehr oft die Härtefallkommission und mehrere Gespräche notwendig waren. Auch dass sein Amt von den 11 Ende 2014 zur Vorprüfung eingereichten Gesuchen lediglich drei als chancenreich beurteilt hat, blieb unkommentiert.

Die Kampagne geht weiter

Mehrere lokale Medien waren bei der Aktion anwesend und haben darüber berichtet. Wir lassen nicht locker mit unserer Unterstützungskampagne. Die acht Härtefallgesuche müssen unbedingt zu Aufenthaltsbewilligungen für unsere Freundinnen und Freunde führen. Dafür braucht es jetzt unsere Solidarität und unser Engagement. Wir haben bereits weitere Aktionen und Veranstaltungen geplant. Mach auch Du mit!

Susanna Sutter



Sichtbar im vorweihnächtlichen Einkaufstrubel

Foto: František Matouš



Der Geist der offenen Stadt Basel?

Fabrice Mangold vom Komitee «Nicht ohne unsere Freund*innen!» wendet sich in einer Ansprache an Regierungsrat Baschi Dürr und übermittelt ihm unsere Forderungen und Wünsche.

Lieber Herr Dürr,
liebe UnterstützerInnen,
liebe Anwesende

Wir stehen hier als BewohnerInnen der Stadt Basel. Ob hier geboren oder zugezogen, sorgen wir alle dafür, dass die Stadt nicht nur aus Stein und Beton besteht, sondern lebt. Wir tragen alle dazu bei, dass Basel nach wie vor eine humanitäre, eine liberale, eine soziale Stadt ist. Aber wir sind besorgt. Wir sind nicht mehr sicher, ob auch die Politik und die Behörden den Geist der lebendigen und offenen Stadt mittragen – insbesondere im Bereich der Sans-Papiers.

Das Ausländergesetz sieht vor, dass Menschen, die keine Aufenthaltsbewilligung in der Schweiz besitzen, in persönlichen Härtefällen eine solche erteilt werden kann. Die Kriterien dafür, als Härtefall anerkannt zu werden, sind sehr offen formuliert und deren genaue Auslegung ist den Behörden überlassen. In erster Instanz zuständig für Gesuche um eine Härtefallbewilligung sind die Kantone, in denen die gesuchstellenden Sans-Papiers seit Jahren und Jahrzehnten leben.

In Diskussionen zum Thema Sans-Papiers wird oft auf die Härtefallregelung verwie-

sen, um klar zu stellen, dass wir doch keine Unmenschen sind und in Härtefällen ein gewisser Schutz gewährleistet wäre. Nun ist es aber so, dass die allermeisten Kantone die Kriterien sehr restriktiv auslegen und kaum Härtefallgesuche gutheissen und nach Bern weiterleiten. Es ist ein eigentlicher Skandal, dass eine gesetzliche Bestimmung zum Schutz von Menschen zu unserer eigenen Beruhigung genutzt wird und nicht zum tatsächlichen Schutz der sie benötigenden Sans-Papiers.

Leider ist dies auch in Basel-Stadt nicht anders. In den sechs Jahren von 2009 bis 2014 hat Basel-Stadt nur gerade acht Sans-Papiers-Härtefallgesuche nach Bern weitergeleitet – und das bei mehreren Tausend Sans-Papiers, die in der Stadt zuhause sind. Zwar gibt es in Basel-Stadt die sehr begrüßenswerte Möglichkeit, Gesuche anonym für eine Voreinschätzung einzureichen. Wenn aber die Hürden derart hoch gesetzt werden, dass sogar unsere Freund*innen eine negative Voreinschätzung erhalten, hilft auch diese Möglichkeit nichts. Und die Härtefallregelung verliert ihren vorgesehenen Sinn.

Werden die Hürden derart hoch gesetzt, verliert die Härtefallregelung ihren vorgesehenen Sinn.

Deswegen haben wir uns entschlossen, unserer Unterstützung für diese neun Sans-Papiers, die ihre Gesuche definitiv einreichen werden, Ausdruck zu verleihen. Viele haben bereits Wunschkarten an Sie, Herr Dürr, geschickt. Einige konnten sich die Zeit nehmen, heute zu kommen. Leider können unsere Freund*innen nicht mit uns hier sein, da sie sich nach wie vor nicht ohne Risiko frei in dieser, unserer gemeinsamen Stadt bewegen können. Für sie, für uns, und für das offene Basel übergeben wir Ihnen, Herr Dürr, diese Karte mit unseren Wünschen und Forderungen für das neue Jahr.

Wir fordern vom Justiz- und Sicherheitsdepartement, dass der gegebene Spielraum bei der Beurteilung von Härtefallgesuchen menschlich genutzt wird und die Regelung damit ihren vorgesehenen Sinn erhält. Damit verbinden wir auch das Vertrauen, dass – bei einer genaueren Prüfung als es die Voreinschätzung erlaubt hat – die acht Gesuche unserer Freund*innen gutgeheissen und nach Bern weitergeleitet werden. Herzlichen Dank.

Die Kampagne geht weiter

Wenn die Härtefallgesuche Anfang April bei den zuständigen Behörden eingereicht sind und geprüft werden, muss unsere Unterstützung spürbar bleiben!

So kannst Du mitmachen:

- Nimm an unseren Veranstaltungen und Aktionen teil.
- Unterzeichne die Unterschriftensammlung.
- Informiere Dein Umfeld über das Anliegen.
- Bestelle Broschüren & Unterschriftenbögen.

Weitere Informationen, Termine und die Unterschriftensammlung finden sich auf unserer Homepage und Facebook-Seite. Kontaktiere uns auch gerne, wenn Du weitere Ideen hast, uns zu unterstützen.

Komitee «Nicht ohne unsere Freund*innen!»
Rebgasse 1, 4058 Basel
nichtohneunserefreundinnen@gmx.ch

www.nichtohneunserefreundinnen.ch
Facebook: Nicht ohne unsere Freund_innen



Übergabe der Wunschkarte: «Für unsere Freund*Innen und das offene Basel»

Foto: Nora Niederer

Der gemeinsame Weg

Die Zusammenarbeit mit den Betroffenen ist für unsere Kampagne zentral, denn schliesslich sind sie es, die ihr Schicksal an die Öffentlichkeit tragen.

Als ich das erste Mal auf die – damals noch namenlose – Kampagne aufmerksam wurde, war mir sofort klar, dass ich mich daran beteiligen möchte. Obwohl ich mich mit der Thematik seit vielen Jahren beschäftige, hatte ich wenig direkte Kontakte mit Betroffenen und war bis dahin an keiner konkreten Aktion beteiligt gewesen, die sich in umfassender Weise für die Schicksale einzelner Sans-Papiers einsetzte. Das grosse Unverständnis für die Schweizer Migrationspolitik, das schon lange in mir kribbelt, meine Betroffenheit für die Menschen, die darunter leiden, und der Wunsch, die Gesellschaft erneut und vehement darauf aufmerksam zu machen, waren eine gute Basis, um mich dem Unterstützungskomitee anzuschliessen.

Der mögliche Handlungsraum

Es wurde mir schnell klar, dass die Zusammenarbeit mit den Betroffenen zentral sein würde, denn schliesslich ist es ihr Schicksal, das in die Öffentlichkeit getragen wird. Gleichzeitig wurde mir aber auch bewusst, dass es eine Gruppe braucht, die einen Rahmen schafft, aus dem heraus agiert werden kann. Dabei geht es nicht darum, den Betroffenen vorzuschreiben, was sie tun müssen, um eine breite Unterstützung der Gesellschaft zu erhalten. Vielmehr gilt es, gemeinsam den möglichen Handlungsraum zu erschliessen, unter Berücksichtigung der zeitlichen und sicherheitsbedingten Einschränkungen.

Keine Frage des Mitleids

Die erste Begegnung mit den einzelnen Sans-Papiers, deren Härtefallgesuche im Zentrum der Kampagne stehen, war wohl nicht nur für die Unterstützenden, sondern auch für die Betroffenen selbst von grosser Bedeutung. Es ging darum, eine Vertrauensbasis untereinander zu schaffen. Ich war sehr dankbar für die Offenheit der Sans-Papiers und fand den Austausch sehr hilfreich, um mir ein Bild von ihren Wünschen und Hoff-

Es braucht eine Gruppe, die einen Rahmen schafft, aus dem heraus agiert werden kann.

nungen machen zu können. Was mich dabei aber immer wieder beschäftigt, ist die Tatsache, dass ich mich – anders als die Sans-Papiers – hierzulande mehr oder weniger frei und unabhängig bewegen kann und meine Existenz nicht in Frage gestellt wird. Es ist für mich schwierig nachzuempfinden, was es bedeutet, unerwünscht zu sein. Umso wichtiger scheint mir das Bewusstsein, dass nicht der Aufenthaltsstatus eine Person ausmacht, sondern ihr Wesen. Und genau dies ist für mich der springende Punkt: Sich mit Sans-Papiers zu vernetzen, sie zu unterstützen und mit ihnen Aktionen durchzuführen, ist für mich keine Frage des Mitleids oder der Herkunft. Das Engagement sollte vielmehr auf dem gemeinsamen Bewusstsein basieren, dass uns der Staat und unsere Gesellschaft suggerieren, wir müssten uns unterscheiden und in unterschiedliche Gruppen aufteilen.

Einsatz für eine solidarische Gesellschaft

Bei der Zusammenarbeit dürfen die verschiedenen Einzelschicksale natürlich niemals vergessen gehen, denn sie bleiben der Hauptbestandteil einer Kampagne wie der unseren. Schlussendlich – und das

haben mir Gespräche mit Sans-Papiers, UnterstützerInnen und Aussenstehenden einmal mehr gezeigt – ist es notwendig, sich für eine solidarische Gesellschaft ohne migrationspolitische Kategorien einzusetzen. Wenn daraus eine gemeinsame Kampagne mit direkt Betroffenen resultiert, ist der Weg dahin sehr aufschlussreich und motiviert umso mehr.

Laura Stämmer



«Für eine Gesellschaft ohne migrationspolitische Kategorien.»

Foto: Daniel Faulhaber

HINWEIS

Wir bleiben – we stay – nous restons! Kirchenasyl in der Matthäuskirche

2001 suchten zahlreiche Sans-Papiers Zuflucht in der Antoniuskirche, um auf ihre Anliegen aufmerksam zu machen. 15 Jahre nach diesen Ereignissen, in deren Folge die Anlaufstelle für Sans-Papiers entstanden ist, fand in Basel kürzlich wieder eine «Kirchenbesetzung» statt. Eine Gruppe von Menschen, die von der Ausschaffung bedroht sind, hat sich Anfang Februar 2016 zusammen mit UnterstützerInnen in der Matthäuskirche niedergelassen. Nach einem Monat hat die Polizei die Schutzsuchenden ohne Aufenthaltsbewilligung am 3. März 2016 ohne vorhergehende Gespräche verhaftet.

Aus der Niederlassung in der Matthäuskirche ist in der kurzen Zeit eine Bewegung entstanden, die einen menschlichen Umgang mit Migration fordert. Es finden weiterhin Treffen und Aktionen statt.

Weitere Informationen:

www.wirbleiben.info
www.facebook.com/wirbleibeninbasel

Ein grosses und rauschendes Fest

Um die schönen Momente im Leben gemeinsam zu feiern, haben die Union der ArbeiterInnen ohne geregelten Aufenthalt und die Anlaufstelle zusammen mit der IGA, den Schlemmergarten-Leuten und den UnterstützerInnen von «Nicht ohne unsere Freund*Innen» am 19. Dezember 2015 zum grossen Jahresessen im Begegnungszentrum Union eingeladen. Ein riesiges Dankeschön an alle Mitwirkenden!

Alle Fotos stammen von Nora Niederer. Die ganze Galerie ist auf der Homepage der Anlaufstelle zu sehen.



UNION DER ARBEITERINNEN OHNE GEREGLTEN AUFENTHALT

Tagung zur Regularisierung der Sans-Papiers

An der Tagung wurde über die Möglichkeiten einer zukünftigen Regularisierung diskutiert – auch unter Einbezug von Forschungsergebnissen.

Wir von der Union der ArbeiterInnen ohne geregelten Aufenthalt wurden an die nationale Sans-Papiers-Tagung am 6. Februar 2016 in Bern eingeladen. Die Nationale Plattform zu den Sans-Papiers ist von grosser Bedeutung für die Union, da wir uns in der Französischen Kirche Le Cap in Bern, wo die Tagung stattfand, gegründet haben. So haben wir uns entschieden, mit allen unseren Mitgliedern an der Tagung teilzunehmen.

Empirische Studien zur Regularisierung

Einen bleibenden Eindruck hat bei mir das Referat von Albert Kraler vom Zentrum für Migrationspolitikentwicklung in Wien hinterlassen. Kraler forscht seit vielen Jahren zum Thema irreguläre Migration und Regularisierung in Europa. In seinem Referat erläuterte er, dass in den letzten 15 Jahren in verschiedenen europäi-

schen Ländern der Aufenthalt von rund 3.5 Mio Personen regularisiert worden ist, insbesondere in Spanien, Italien und Griechenland. Interessant ist die Frage, ob es in der Folge zu einem sogenannten «So-geffekt» gekommen ist – das am meisten vorgebrachte politische Argument gegen Regularisierungsprogramme. Gemäss Kraler deuten die verfügbaren Studien darauf hin, dass der Effekt gering oder nicht vorhanden ist.

Austausch und Zusammenhalt

Im Offenen Forum haben wir uns über zentrale Fragen und Alltagsprobleme von Sans-Papiers ausgetauscht. Zur Sprache kam u.a. die ständige Angst vor der Aufdeckung, die Auswirkung der Unsicherheit auf die Kinder und die «Kriminalisierung» der ehrlichen und anständigen Arbeit von Sans-Papiers. Ausserdem habe

ich das Wort ergriffen zum Thema Erwachsenenbildung für Sans-Papiers. In der Schweiz ist es praktisch unmöglich, dass eine papierlose Person eine Berufsausbildung oder ein Studium absolvieren kann. Es wäre wichtig, einen öffnenden Gesprächsprozess zu diesem Thema anzustossen.

Es ist mir aufgefallen, dass die meisten Teilnehmenden an der Tagung Frauen waren, sowohl Sans-Papiers als auch Vertreterinnen von Beratungsstellen und Organisationen. Ich habe bei den anwesenden Frauen viel Überzeugungskraft und Kampfgeist beobachtet. Ausserdem verfügen sie über einen grossen Zusammenhalt – ein Merkmal, das sich hervorzuheben lohnt, weil es ein Vorbild für die Gesellschaft im Ganzen ist.

José La Guardia

Besuch des bolivianischen Generalkonsuls

Der neue Konsul interessiert sich auch für die Probleme und Lebensverhältnisse bolivianischer Sans-Papiers.

Lange Zeit hatten wir, die in der Stadt Basel lebenden BolivianerInnen, kein Konsulat für unsere administrativen Angelegenheiten. Dazu mussten wir nach Frankfurt am Main reisen. Nun gibt es endlich ein Konsulat in der Schweiz, und zwar in Genf. Der bolivianische Generalkonsul Herr Jorge Alberto Lizarraga Torrico unterstützt die bolivianischen BürgerInnen in der Schweiz in ihren bürokratischen Anliegen. Ausserdem reisen der Generalkonsul und sein Team in regelmässigen Abständen in viele Schweizer Städte, um besonders den BolivianerInnen ohne Aufenthaltsbewilligung, die nur unter erschwerten Bedingungen nach Genf reisen können, zu helfen.

Spannender Austausch

Anlässlich des ersten Besuches des Herrn Generalkonsuls in Basel wurde eine Versammlung organisiert, um über die Probleme in Zusammenhang mit Gesundheits-, Bildungs- und Migrationsfragen, mit denen BolivianerInnen in der Schweiz konfrontiert sind, zu diskutieren und wirkungsvolle Antworten und Lösungen zu erarbeiten.

Ich habe mit viel Motivation zu Olivia Jost von der Anlaufstelle für Sans-Papiers und Hans Georg Heinmann von der IGA (Interprofessionelle Gewerkschaft der ArbeiterInnen) Kontakt aufgenommen, um über den Besuch des Generalkonsuls zu informieren. Verdankenswerterweise konnte der Generalkonsul die BolivianerInnen in Basel in den Räumlichkeiten der IGA empfangen.

Der Austausch war für beide Seiten sehr spannend. Es ist sehr erfreulich, dass sich auch Regierungsvertreter für Sans-Papiers und ihre Lebensverhältnisse interessieren. Die Kooperation zwischen dem Herrn Generalkonsul aus Bolivien, der Anlaufstelle für Sans-Papiers und der IGA verstärkt die freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Institutionen und erlaubt uns, gemeinsam wichtige Fragestellungen anzugehen und Lösungen zu finden.

José La Guardia

DSI verhindert – und jetzt?

Das Nein zur Durchsetzungsinitiative (DSI) war wichtig. Im Abstimmungskampf wurde jedoch Wesentliches ausgeblendet.

Die Freude über das Nein ist berechtigt, aber getrübt. Denn nun tritt das Umsetzungsgesetz zur Ausschaffungsinitiative in Kraft, welches im Abstimmungskampf als «moderat» hingestellt wurde. Die SVP handelt nach der Maxime: Stelle extreme Forderungen, dann erscheinen leichte Abmilderungen bereits als moderat. Hinzu kommt ein erpresserisches Vorgehen der SVP. Die DSI war eine «Pistole auf der Brust des Parlaments» (Silvia Schenker): Das Gesetz wurde unverhältnismässig hart formuliert in der Hoffnung, die SVP würde die DSI zurückziehen.

Dieser Schuss ging bekanntlich nach hinten los. Das Parlament übte sich in vorauseilemdem Gehorsam gegenüber einem «Volkswillen», der sich am 28. Februar nicht realisierte. Nun haben wir den Salat, wie Toni Brunner sagen würde: Ein Umsetzungsgesetz, das kaum milder ist als die DSI. Es verstösst gegen alles, wogegen auch die DSI verstösst.

Konflikte auch mit dem Umsetzungsgesetz

Diesen Umstand blendeten die GegnerInnen im Abstimmungskampf aus. Nicht wenige verstiegen sich zur Aussage, im Gegensatz zur DSI sei das Umsetzungsgesetz «konform» mit der Verfassung, internationalen Menschenrechtsgarantien und dem Freizügigkeitsabkommen. Das ist falsch. Simonetta Sommaruga erklärte am 12. März 2015 in der NZZ, dank der Härtefallklausel würden nur «grösste Verletzungen von rechtsstaatlichen Prinzipien» vermieden. Sie rief in Erinnerung, dass auch das Umsetzungsgesetz zu Konflikten mit der Bundesverfassung und der EMRK führen wird. Wer während der Session nicht geschlafen hat, weiss das. Im Abstimmungskampf wurde trotzdem das Gegenteil behauptet.

Fakt ist: Mit der Härtefallklausel finden lediglich die persönlichen und familiären Verhältnisse Berücksichtigung, nicht jedoch die konkrete Schwere der Tat, das Verschulden und die Tatumstände. Auszuweisen ist unabhängig vom Strafmass, also automatisch. Das Gesetz sieht im Gegensatz zum bundesrätlichen Entwurf kein Mindeststrafmass vor. Erst bei Vorliegen eines Härtefalls finden tat-

bezogene Umstände Berücksichtigung bei der Interessensabwägung – doch die Annahme eines Härtefalls soll ja die Ausnahme bleiben.

Keine wortgetreue Umsetzung möglich

Eine ausländische Person, die noch nicht lange in der Schweiz lebt (also ein «Nicht-Secondo» oder eine «Nicht-Seconda»), müsste gemäss Gesetz auch bei leichten Vergehen automatisch ausgeschafft werden. Vergehen (und keine Übertretungen oder «Bagatelldelikte») liegen gemäss der heutigen Praxis zu Artikel 172ter StGB bereits dann vor, wenn der Schaden 300 Franken übersteigt. Der Staat würde auf diese Weise Hunderte neuer Sans-Papiers schaffen.

Die Gerichte werden das neue Umsetzungsgesetz nicht wort- und sinngetreu anwenden können. Ausweisungen werden heute bei einem Strafmass ab einem Jahr geprüft. Dafür braucht es einiges mehr als einen Schaden von 300 Franken. Wenn die GegnerInnen der DSI kleinlaut eingestehen müssen, dass das Umsetzungsgesetz – anders als im Abstimmungskampf behauptet – nicht wortgetreu angewendet werden kann, wird die SVP dies für sich zu nutzen wissen: «Die Eliten haben das Volk erneut hinters Licht geführt!»

Das «Verschwinden» von Menschen

Vom «Einzelfall» kann in einer Demokratie nie abgesehen werden, denn das Hinsehen auf den «Einzelfall» – der Respekt vor jedem Individuum, jedem Einzelschicksal – ist der Grundgedanke der Demokratie. Hinter Kategorien wie «Ausländer» verschwindet der Einzelfall. Ein solches «Verschwindenlassen» von Menschen – noch vor jeder Ausschaffung – durch Sündenbockpolitik darf nicht länger als legitimes politisches Mittel gelten.

Das Nein zur Durchsetzungsinitiative war wichtig und ermutigend. Es liegt nun an der sogenannten Zivilgesellschaft, also an uns allen, dieses Nein zum Anfang einer Umkehr hin zu mehr Offenheit zu machen.

Matthias Bertschinger

Vorstand der Anlaufstelle für Sans-Papiers

Abschied und Willkommen

Personelle Veränderungen im Team der Anlaufstelle für Sans-Papiers: Abschiedstränen, Willkommensgrüsse und eine Zwischenbilanz.

Mariama Usman

Als ich vor vier Jahren erfuhr, dass die Anlaufstelle für Sans-Papiers Basel eine Pflegefachfrau für die medizinische Grundversorgung suchte, bewarb ich mich sofort. Meine Freude war riesig, als ich die Stelle tatsächlich erhielt. Schon länger war es mein Wunsch gewesen mich im Migrationsbereich zu engagieren.

Was die Arbeit als Pflegefachfrau auszeichnet, ist der Kontakt mit Menschen. Die Beratung der Sans-Papiers, die gemeinsame Suche nach Optionen und die pflegerische Betreuung gehörten zu meinen liebsten Aufgaben. Aber auch die Zusammenarbeit mit Team und Vorstand, sowie der Kontakt zu den Unterstüt-



Foto: Kathrin Schulthess

zerInnen waren für mich sehr wichtig. Ich möchte mich ganz herzlich für die grossartige Solidarität und das Mittragen der Anlaufstelle bedanken.

Nun ist die Zeit gekommen, mich von der Anlaufstelle für Sans-Papiers zu verabschieden. Im März werde ich Mutter. Nach dem Mutterschaftsurlaub werde ich in meinem Wohnort Bern bleiben. Die Entscheidung ist mir nicht leicht gefallen. Die ereignisreiche Zeit in der Anlaufstelle hat mich stark geprägt. Die geschlossenen Freundschaften werden bleiben, das tröstet mich über den Abschied hinweg.

Meine Nachfolgerin für den Gesundheitsbereich, Ursina Conzelmann, ist Pflegefachfrau und Soziologin. Sie hat im Februar ihre 60%-Stelle angetreten. Gleichzeitig hat Flavio Ulrich bei der Anlaufstelle begonnen. Er ist für die neu geschaffene Administrationsstelle von 20% verantwortlich. Ich wünsche den beiden einen guten Start!

Fabrice Mangold

Das Praktikum bei der Anlaufstelle für Sans-Papiers war ein Glücksfall für mich: Ich habe mich bereits in meinem Studium der Politischen Theorie stark mit Migrationsfragen beschäftigt und war migrationspolitisch aktiv. Daher habe ich mich sehr darauf gefreut, bei einer etablierten Institution Erfahrungen zu sammeln. Mittlerweile bin ich bereits 243 Tage im Amt und habe viel erlebt.

Meine hauptsächliche Arbeit bestand in der Leitung der Kampagne «Nicht ohne unsere Freund*innen!». Von der Erarbeitung des Konzepts und Informationsmaterials, über den Aufbau der

Solidaritätsgruppe und den Kontakt mit den beteiligten Sans-Papiers, bis zu den öffentlichen Veranstaltungen und der Medienarbeit gab es viel zu tun. Daneben fanden zahlreiche Sitzungen mit dem Team, der Union der ArbeiterInnen ohne geregelten Aufenthalt oder der Nationalen Plattform zu den Sans-Papiers statt.

An der Anlaufstelle schätze ich sehr, dass sie die individuelle Hilfe mit der politischen Arbeit verbindet.

In meiner eigenen Arbeit zeigt sich

das darin, dass ich einerseits in regelmässigem persönlichen Kontakt zu Sans-Papiers stehe, andererseits die Thematik auch immer wieder in der Öffentlichkeit platzieren kann. Dabei durfte ich spannende Menschen kennen lernen und habe immer wieder motivierende Rückmeldungen erhalten.

Der Reichtum an Aufgaben hat auch immer wieder zu Stress und vollen Tagen geführt. Wenn es um Sans-Papiers und eine Kampagne geht, ist der pünktliche Feierabend jedoch nicht mehr das wichtigste Kriterium. Hilfreich waren in diesen Zeiten das Vertrauen und die Unterstützung des Teams. Es hat mich von Anfang an gut aufgenommen und mir das Gefühl gegeben, Teil der Anlaufstelle zu sein. Herzlichen Dank Euch!

Ich bin sehr froh, dass sich nach dem Praktikum gleich noch die Möglichkeit einer Mutterschaftsvertretung ergeben hat. So ist meine Zeit bei der Anlaufstelle noch nicht zu Ende und ich kann mich weiterhin auch beruflich für Sans-Papiers engagieren.



Foto: František Matouš



Zeitung der Anlaufstelle für Sans-Papiers

Anlaufstelle für Sans-Papiers Basel, Gewerkschaftshaus, Rebgasse 1, 4058 Basel
basel@sans-papiers.ch, www.sans-papiers.ch, Postkonto: 40-327601-1
Rechtsberatung Tel. 061 681 56 10 / Sozial- und Gesundheitsberatung Tel. 061 683 04 21

Medizinische Grundversorgung / Gesundheitsberatung: Mo 16-20, Mi 14-18 Uhr
Sozialberatung inkl. Fragen zur Krankenversicherung: Do 16-20 Uhr
Rechtsberatung: Di 14-18 Uhr

Redaktion: Barbara Hauenstein, David Rinderknecht
Druck: Rumzeis, Basel

Trägerorganisationen

Solidaritätsnetz Basel
Demokratische JuristInnen (DJS)
Interprofessionelle Gewerkschaft (IGA)
Comité européen pour la défense des réfugiés et immigrés (C.E.D.R.I)
Basler Gewerkschaftsbund (GBB)
Gewerkschaftsbund Baselland (GBBL)
VPOD Region Basel
Unia Basel
BASTA!